

Krieg als Normalfall

Neue Verteidigungspolitische Richtlinien: Das aggressivste deutsche Militärprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg

Mit den neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR), die im Mai offiziell vorgestellt wurden, ist die Bundeswehr endgültig auf dem Marsch zur jederzeit und überall einsetzbaren Interventionstruppe. Vom einst so hoch gehaltenen Auftrag der Landesverteidigung hat sie sich praktisch verabschiedet. Die rot-grüne Bundesregierung signalisiert durch die neuen VPR, daß sie in der internationalen Politik nicht auf friedliche Mittel der Konfliktlösung, sondern auf militärische Stärke setzt.

„Verteidigungs“minister Peter Struck (SPD) knüpft nahtlos an die VPR an, die unter seinem Vorgänger Volker Rühe (CDU) erlassen wurden und die bis vor kurzem galten. Schon in Rühes Richtlinien war der Einsatz von Bundeswehrsoldaten jenseits der deutschen Grenzen vorgesehen: Zur Verteidigung „nationaler Interessen“, z.B. zur Aufrechterhaltung der Versorgung des Landes mit Rohstoffen. In den neuen VPR heißt es jetzt, Verteidigung lasse sich „geografisch nicht mehr eingrenzen“ (siehe Kasten).

Ende des vergangenen Jahres hatte Struck im Bundestag erklärt, die Bundesrepublik werde auch „am Hindukusch verteidigt.“ Bei der Vorstellung der VPR am 21. Mai verkündete er nun, an erster Stelle des Aufgabenspektrums der Bundeswehr stünden internationale Krisenbewältigung und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Zwar wird in Strucks Richtlinien behauptet: „Deutsche Sicherheitspolitik ist umfassend angelegt und berücksichtigt politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Bedingungen und Entwicklungen.“ Aber aus den auf diesen Satz folgenden Formulierungen wird deutlich, daß

militärische Gewalt nach Auffassung auch der rot-grünen Regierung ein ganz normales Mittel der Politik ist: „Gleichwohl sind die politische Bereitschaft und die Fähigkeit, Freiheit und Menschenrechte, Stabilität und Sicherheit notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen oder wiederherzustellen, unverzichtbare Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit eines umfassenden Ansatzes

„Verteidigung heute umfaßt allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen.. Sie schließt die Verhütung von Krisen und Konflikten .. ein. Dementsprechend läßt sich Verteidigung geografisch nicht mehr eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist.“

Aus den neuen verteidigungspolitischen Richtlinien für die Bundeswehr

von Sicherheitspolitik. ... Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art des Einsatzes.“ Diese „Sicherheits“politik ohne Grenzen kommentiert Jürgen Grässlin, Bundessprecher der DFG-VK, mit klaren Worten: „Die Verteidigungspolitischen Richtlinien, die Minister Struck vorgestellt hat, stellen das aggressivste deutsche Militärprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg dar“, Wenn davon geredet werde, dass sich Verteidigung „geographisch nicht mehr eingrenzen“ lasse,

bedeute dies „die Androhung von Krieg in allen Richtungen“. Hinter der Rhetorik von Sicherheit und Stabilität verberge sich eine Absage an jede Form von Entspannung und Verständigung: „Die Welt wird unsicherer, wenn die Bundeswehr überall potentielle Einsatzgebiete sieht.“ „Mit diesen Richtlinien verabschiedet sich die Bundeswehr vom Grundgesetz“, so Grässlin weiter.

Die Zuweisung von Kriegseinsätzen out of area als neue Hauptaufgabe sei mit dem Artikel 87a GG - „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf“ - unvereinbar. Dem behaupteten Ziel, Schutz vor Terrorangriffen zu bieten, werde die Bundesregierung durch vermehrte Militäreinsätze nicht näherkommen, so Grässlin. In diesem Bereich führe nichts darum herum, die politischen und sozialen Ursachen von Terror zu beheben. Gerade dies sei aber offenbar nicht angestrebt. Der Hinweis in

den Richtlinien auf für die deutsche Wirtschaft wichtige Transportwege und Handelsrouten lasse erkennen, was das tatsächliche Motiv für die „Armee im Einsatz“ sei. Grässlins Fazit zu Strucks neuen Richtlinien: „Egal, ob die Bundeswehr am Hindukusch steht, am Persischen Golf oder wo auch immer künftig deutsche Begehrlichkeiten entstehen mögen: Dort wird nichts verteidigt, sondern es werden proklamierte deutsche Interessen mit Angriffskriegen durchgesetzt.“

Nur die Nato auflösen oder alle Armeen abschaffen ?

In der Berichterstattung über die Gegendemonstrationen zur sogenannten Sicherheitskonferenz in München war bemerkt worden, daß auf einer Demo - der des Demo-Bündnisses - auch „gegen die NATO“ demonstriert werde, auf der anderen nur gegen den Krieg. Tatsächlich schmückten in den Wochen vor der Konferenz Aufkleber mit der Parole „Smash the NATO“ das Stadtbild, oder auch ein kleiner Pac-Man, der einen NATO-Stern verschlingt. Das bot Anlaß für ein Streitgespräch am 27. Februar im Eine-Welt-Haus unter dem Titel: Nato abschaffen oder Militär abschaffen?

Kontrahenten des Streitgesprächs (das selbstverständlich äußerst friedlich verlief) waren Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK und Claus Schreer, DKP und Sprecher des Bündnisses gegen Rassismus. Einleitend erläuterte Thomas Rödl die wesentlichen Argumente für die Abschaffung der Bundeswehr: Gewaltfreie Konfliktlösung durchsetzen und militärische Machtpolitik unmöglich machen. In der politischen Debatte liege der Schwerpunkt allerdings auf der Auseinandersetzung mit den landläufigen Rechtfertigungen für die Existenz von Militär: Die angebliche Notwendigkeit der Verteidigung und die Möglichkeit einer humanitären Intervention.

Die „Nato abschaffen“ greife zu kurz, denn die Beibehaltung der derzeitigen Staatenwelt ohne NATO bedeute keinerlei Verbesserung. Eine Militärmacht Europa in wechselnden Bündnissen, mit USA, ohne, oder auch mal gegen sie, sei keine positive Perspektive. Nicht die NATO sei das Problem, sondern Machtpolitik und Militär als zerstörerisches Instrument. Der Abbau von Militär sei integraler Bestandteil der angestrebten Veränderung, nämlich politische, soziale, ökonomische Gerechtigkeit. Claus Schreer leitete seinen Beitrag ein mit der These, daß eigentlich niemand die Auflösung der NATO als Ansatzpunkt oder strategisches Konzept vertrete - das zur gewissen Überraschung der ZuhörerInnen. Die Parolen gegen die NATO hätten sich herübergerettet aus einer Zeit, als das Bündnis noch der „Hauptfeind“ war. Der Kampf gegen die NATO führe auf ein Abstellgleis, weil sich nicht zuletzt im (damals noch bevor-

stehenden) Irak-Krieg zeige, daß die Rolle der NATO schwinde. Sie sei für die US-amerikanische Außenpolitik irrelevant und sogar hinderlich geworden. Die USA suchten sich Partner in wechselnden Koalitionen, entsprechend ihrer Interessenslage. Die wichtigste Aufgabe der Antikriegsbewegung sei die Aufklärung der Öffentlichkeit über Kriegsgründe und Interessen.

Die Forderung „Bundeswehr abschaffen“ sei noch unrealistischer, als „Kapitalismus abschaffen“ (Unruhe im Publikum). Eine „BRD ohne Armee“ werde auch nie zur Forderung einer breiten Bewegung! Proteste gegen bedrohliche Auswüchse, gegen Atomwaffen, gegen Einsatzkräfte, Forderungen nach Kürzung des Rüstungshaushalts seien allerdings richtig. Gegen die Möglichkeit der Verteidigung sei aber grundsätzlich nichts einzuwenden.

Die Diskussion zeigte, wie zu erwarten, unterschiedliche Ansätze in der Antikriegsbewegung. Nach Auffassung von Thomas Rödl führt die militärische Logik automatisch zum Präventivkrieg, weil militärische Machtpolitik nach Überlegenheit strebt (denn das ist die Bedingung für einen Sieg), nicht etwa nach Gleichgewicht, wie uns immer erzählt wurde. Sobald die Überlegenheit erreicht sei, dann sei auch der Anreiz groß, diese Überlegenheit offensiv einzusetzen (Irakkrieg). Wer an die Verteidigung glaube, der fange an, Militär zu legitimieren und habe damit auch schon verloren.

Claus Schreer bestreitet jedem kapitalistischen Staat das Recht auf eine Armee. Kuba z.B. brauche aber sehr wohl eine Verteidigung. Wenn Deutschland jetzt „am Hindukusch verteidigt“ werde, sei es wichtiger, die Interessen dahinter zu entlarven, als etwas von Gewaltlosigkeit zu erzählen. Kriegsursachen beseitigen heiße letztlich, den Kapitalismus beseitigen. In Bezug auf „BRD ohne Armee“ meinte er, es werde nicht gelingen, dem System das Machtinstrument Militär wegzunehmen. Eine Massenbewegung dafür sei nicht denkbar. Eher sei es möglich, die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern. Schreer mußte aber gleichzeitig einräumen, daß eine antikapitalistische Perspektive derzeit schwierig zu formulieren und darzustellen sei.

Demgegenüber betonte Thomas Rödl, das Militärsyndrom, die Bereitschaft zur Gewaltanwendung und zum Einsatz militärischer Macht sei integraler Bestandteil des Systems, das zu ändern sei. Antimilitaristische Arbeit könne eine pazifistische Stimmung im Lande aufgreifen. Schritte zur Entmilitarisierung seien ein wichtiger Ansatz, um Konfliktverhalten nach außen (keine Interventionspolitik!) und auch im Innern zu verändern. Die Kampagne „Bundeswehr abschaffen!“ trage dazu bei, dem Militär und allen Formen militärischer Konfliktlösung die Zustimmung in der Gesellschaft zu entziehen.

mehr Infos:

www.bundeswehrabschaffen.de
www.schritte-zur-abruestung.de

Gegen alle Kriege - im Irak und anderswo ...

Die jüngsten Aktivitäten der DFG-VK fanden außergewöhnlich hohe Resonanz, da durch den Angriff auf den Irak das Thema Krieg wieder einmal in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückte. Dementsprechend gut besucht war dann auch die internationale Friedenskonferenz am 7. Februar, die parallel zur sog. Sicherheitskonferenz in München stattfand. Den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz folgten in den Wochen danach vielfältigste Aktionen und Kundgebungen gegen den Irak-Krieg. Auf einigen der Kundgebungen sprachen auch Redner der DFG-VK.

Eine mehrseitige Dokumentation der Friedenskonferenz, die in der Konferenzhalle auf alten Messegelände stattfand, ist jetzt fertig und kann für 2 Euro bei der DFG-VK München bestellt werden. Selbstverständlich waren wir auch bei der Demo gegen die sog. Sicherheitskonferenz und bei dem anschließenden „Planet Peace“ Konzert in der Muffathalle anwesend. Bei diesen Veranstaltungen verteilten wir erstmals die neuen Aufkleber „Bundeswehr abschaffen“, von denen uns die Flensburger Gruppe 15000 Stück zugeschickt hatte. Sie wurden uns vor allem von Schülern und Jugendlichen regelrecht aus der Hand gerissen und sind seither in ganz München überall zu sehen. Außerdem verteilten wir 4000 Exemplare unseres Flugblattes „Kein Krieg im Irak und anderswo.“

Bei den Kundgebungen brachten die Redner der DFG-VK in Erinnerung, daß nicht nur dieser Krieg, sondern jeder Krieg ein Verbrechen darstellt. Die Soldaten aller kriegführenden Parteien wurden folgerichtig zum Desertieren und Verweigern aufgerufen. Wir erinnerten an die noch immer nicht gerichtlich aufgearbeitete, illegale Beteiligung der Bundeswehr am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien und stellten die Frage, wie glaubwürdig die „Friedensbemühungen“ einer Regierung sind, die unter Aufwendung enormer finanzieller Mittel und entgegen dem ausdrücklichen Auftrag des Grundgesetzes die Bundeswehr von einer „Verteidigungsarmee“ zur „Interventionsarmee“ umbaut. Die angebliche Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen

wurde hinterfragt. Wir distanzieren uns außerdem von allen Versuchen, ein Feindbild aufzubauen, das die „Vereinigten Staaten von Europa“ einem „amerikanischen Barbarentum“ gegenüberstellen will. (Originalton „Grüne Jugend München“, nachzulesen in „Bündnis 90/Die Grünen, Der gemeinsame Stadtrundbrief“, 5/2003). Kriegstreiber gibt es auf beiden Seiten des Atlantiks, und nur durch die internationale Zusammen

arbeit aller Antimilitaristen können sie im Zaum gehalten werden. Jetzt ist es wichtig, nicht in Resignation zu verfallen, weil der Irak Krieg nicht verhindert werden konnte. Die Proteste waren, auch wenn sie ihr letztes Ziel nicht erreichten, sicher nicht nutzlos. Die Besatzungstruppen im Irak stehen nun im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit, dadurch sind sie nun gezwungen, dem irakischen Volk tatsächlich ein Minimum an demokratischen Freiheiten zuzugestehen und sie können trotz ihrer uneingeschränkten militärischen Macht mit dem Land nicht einfach machen was sie wollen. Wenn es keinerlei Proteste gegeben hätte, dann wäre das anders.

Wir regten auch an, sich einmal vorzustellen, welches Ausmaß der Krieg wohl erreicht hätte, wenn die irakische Armee sich nicht so schnell aufgelöst hätte. Das Beispiel von Basra, das eine zeitlang „erfolgreich verteidigt“ wurde, zeigte ja anschaulich, welches Elend eine militärische „Verteidigung“ für die „verteidigten“ Zivilisten bedeutet. Das „verteidigende“ Militär konnte die Zivilisten wie so oft nicht schützen. Es provozierte statt dessen nur um so heftigere und damit brutalere Angriffe. Am Ende war das Militär dann verschwunden, und den Zivilisten bleiben letztendlich nur die altbekannten Methoden des gewaltlosen Widerstandes zur Durchsetzung ihrer Interessen: Demonstrationen, Kundgebungen, Streiks. Man kann sich ausmalen, welche Folgen ein Krieg zwischen gleich hoch gerüsteten Staaten haben würde, die sich gegeneinander „verteidigen“.

In Augsburg organisierten die Aktiven der DFG-VK-Gruppe maßgebend die Antikriegsaktionen. Das geschah im Rahmen der Augsburger Friedensinitiative (AFI). Mitglieder der DFG-VK meldeten alle Kundgebungen und Demonstrationen der AFI an und leiteten sie auch. Die Liste der Aktivitäten, die von der DFG-VK Gruppe Augsburg unterstützt bzw. für die AFI organisiert wurden, umfasst mehr als 10 verschiedene Veranstaltungen und Protestaktionen. Sie beginnt mit Demo und Kundgebung am 26. Oktober letzten Jahres und endet mit dem Ostermarsch am 19. April. An den Demos und Kundgebungen nahmen jeweils mehrere hundert

Menschen teil. Die meisten TeilnehmerInnen gab es mit ca. 1000 bei der Aktion von Attac am 22. März. Inhaltlich wie auch optisch - mit den auffallenden blauen DFG-VK-Fahnen und dem DFG-VK Schirm am Infotisch - kam unsere Organisation gut ins Bild. In Redebeiträgen und Flugblättern wurden Krieg und Kriegsvorbereitungen verurteilt. Neben den Aktionen gegen den Irak-Krieg hielt die Augsburger DFG-VK natürlich auch ihre Beratung für Kriegsdienstverweigerer aufrecht. Sie läuft auch weiter jeden ersten Donnerstag im Monat von 18 bis 19 Uhr im THING-Filmraum, Vorderer Lech 45 (Die Gruppentreffen finden zur gleichen Zeit statt).

Termine

München

Samstag, 26.7.03 14.00 Uhr
Quo Vadis Bundeswehr - wohin mit der Bundeswehr?

Veranstaltung im Eine-Welt-Haus in, der Schwanthalerstr. 80, Raum 211, mit Video-Präsentation
„Die Bundeswehr von der Verteidigungsarmee zur Interventionstruppe“
und Referat von Dr. Detlef Bald (Historiker und Friedensforscher):
Die neuen verteidigungs-politischen Richtlinien- eine kritische Würdigung
anschließend Diskussion

Veranstalter: Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK

Augsburg

Freitag, 11.7. 03

DFG-VK Bundessprecher Jürgen Grässlin liest aus seinem neuesten Buch „**Versteck Dich, wenn sie schießen - Die wahre Geschichte von Samiira, Hayrettin und einem deutschen Gewehr**“, 19:30 Uhr, Stadtbücherei Augsburg, Gutenbergstraße 2,

Samstag, 9. 8. 03

Podiumsdiskussion

„**Augsburg - Stadt des Friedens**“, 19:30 Uhr, Zeughaus, Reichlesaal,

Neuburg an der Donau

Samstag, 19.7.03

3. Neuburger Friedensmesse

Es handelt sich um einen Markt der Möglichkeiten, an dem Friedensgruppen aus ganz Bayern teilnehmen können. Geplant sind Redebeiträge, Sketche, verschiedene Aktionen, Ausstellungen etc. Ort: Schrankenplatz, Dauer: 8.00 bis 14.00 Uhr.

Neue Gruppen in Passau und Ingolstadt

Positive Nachrichten aus Passau und Ingolstadt: Dort sind demnächst Gruppenneugründungen der DFG-VK geplant. Die Neugründung in Ingolstadt soll am 12. Juli stattfinden. Gast ist der Bundessprecher der DFG-VK, Jürgen Grässlin. Er liest aus seinem aktuellen Buch zu den deutschen Rüstungsexporten. Nähere Infos über München oder Fürth kurzfristig erfahrbar.

DFG-VK Nürnberg

umgezogen

Die DFG-VK Nürnberg ist umgezogen: Sie hat ihr Büro in Zukunft im Eine Welt Laden in Fürth. Im neuen Domizil der Gruppe ist auch die attac-Gruppe Fürth beheimatet. Der rückwärtige Teil des Ladens soll zu einem offenen Treffpunkt für Menschen aus den Bereichen Friedensarbeit, Globalisierung und Eine Welt ausgebaut werden.

DFG-VK Gruppe Nürnberg-Fürth

im Eine Welt Laden, Königstr. 72, 90762 Fürth

Offenes Treffen und Beratung für Kriegsdienstverweigerer, Totalverweigerer und Reservisten jeden zweiten und vierten Dienstag ab 18 Uhr
Telefon 0911-815 7349 email: fuerth@dfg-vk.de

Kampagnen-

MitarbeiterIn gesucht

Laut Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 14.7.2002 soll sich die Haupttätigkeit des DFG-VK-Landesverbandes Bayern auf die Kampagne *Schritte zur Abrüstung* konzentrieren. Um die Kampagne wirksamer zu machen, ist ins Auge gefaßt, eine/n MitarbeiterIn zu beschäftigen. Die Arbeitszeit soll 8 Stunden Arbeitszeit pro Woche betragen. Vor allem geht es darum, die praktische Umsetzung der Kampagne zu unterstützen. Der überwiegende Teil der Arbeit könnte von zu Hause aus erledigt werden. Interessierte schicken eine Mail an muenchen@dfg-vk.de oder bayern@dfg-vk.de

PAX AN

Herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft/ Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen V.i.S.d.P.: Thomas Rödl

Alte Allee 48
81245 München
Tel.089/834 2693, Fax 834 1518

e-mail: bayern@dfg-vk.de

Wir bitten um Spenden für das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk der DFG-VK Bayern!
Konto Nr. 336068-851,
Postbank Nürnberg BLZ 760 100 00

DFG-VK

**Deutsche
Friedensgesellschaft
Vereinigte
KriegsdienstgegnerInnen**